Clarastrasse 2
Postfach 396
4005 Basel
Tel. 061 666 60 90
Fax 061 666 60 98

MV
Mieterinnen- und Mieterverband Basel
www.mieterverband.ch/basel

Mediencommuniqué vom 26. Januar 2010

MV-«Wohn(bauförderungs)gesetz» vs. amtliches «Wohn(bau)fördergesetz»:

Amtliches «Namensplagiat» schürt Misstrauen

Das Amt für Stadtentwicklung benennt ein Gesetzesprojekt auffallend ähnlich wie ein langjähriges soziales Projekt des MV Basel. Soll womöglich ein Elitewohngesetz einen sozialeren Anstrich erhalten?

Mit grosser Überraschung nimmt der MV Basel von einem neuen Gesetzesprojekt vonseiten des Amtes für Kantons- und Stadtentwicklung Kenntnis. Von dem für kommenden Sommer angekündigten Gesetz kennt man offiziell bloss seinen Namen, nicht aber Inhalt und Stossrichtung: «Wohn(bau)fördergesetz». Der Titel ähnelt auffällig dem vom MV Basel vor Jahresfrist lancierten sozialen Projekt«Wohn(bauförderungs)gesetz», welches die 2008 abgeschaffte Wohnbauförderung für breite Bevölkerungskreise wieder einführen will.

MV will soziale Wohnraumförderung

Das vom MV Ende Januar 2009 lancierte Projekt «Wohnbauförderungsgesetz» oder «Wohngesetz» ging damals auchan den obersten Stadtentwickler Thomas Kessler. Absicht des MV ist es, die bisherigen Wohngesetze zu vereinheitlichen und auf eine moderne Grundlage zu stellen. Unverzichtbar sollen dabei die Schaffung und Förderung genossenschaftlichen wie auch privaten und gemeinnützigen Wohnraums auf der Basis der Kostenmiete sein, ferner Garantien für Mietzinse im preisgünstigen sowie im bezahlbaren (Mittelstands-) Segment sowie sozial abgefederte Energieeffizienzsanierungen ohne sozial- und/oder umweltbelastende Billig- und Mischsanierungen. Hierzu ist auch die laufende Zonenplanrevision mit einzubinden.

Sein «Wohn(bauförderungs)gesetz will der MV Basel wie Anfang 2009 ankündigt breit abstützen. Mit angefragten Parteien und Wohngenossenschaften ist denn auch ein erfreulicher Dialog entstanden. Demgegenüber herrscht bei der massgeblichen Behörde seither Funkstille - mit Ausnahme eines Orientierungstreffens im vergangenen Oktober, in dessen Verlauf dem MV ein Dialog «Anfang 2010» in Aussicht gestellt wurde.

Begriffsmissbrauch?

Statt eines solchen Dialogs kündigt die Stadtentwicklungsbehörde nunmehr an, ein eigenes Wohngesetzprojekt bereits im Juli 2010 zu veröffentlichen. Mangels Informationen über Inhalte und Stossrichtung wächst beim MV Basel das Misstrauen, im Gesetzesprojekt deutliche Elemente einer Wohnraumförderung für sog. gehobene Ansprüche und das Anlocken sog. guter Steuerzahlender enthalten.

Dies würde aber einem Begriffsmissbrauch gleichkommen. Der MV Basel erinnert daran, dass Begriffe wie «Wohnbauförderung» historisch in gewissem Zusammenhang mit sozialem und mit gemeinnützigem Wohnungsbau sowie mit Objekthilfe und Kostenmiete gesehen werden. Ein Begriffsmissbrauch der Behörden würde die gesamte Mietbewegung in ihrem Kern treffen.

Mogelpackung für Reiche wäre für MV inakzeptabel

Der MV Basel könnte eine Mogelpackung verbunden mit einem Elitewohngesetz – wenn es denn darauf hinauslaufen würde - keinesfalls hinnehmen. Er erwartet, dass die zuständige Behörde den Dialog mit Partnern wie dem Mieterverband oder den Wohngenossenschaften – die dieser Tage eine sinnvolle Form der Wohnbauförderung lancieren – nun rasch aufnimmt, intensiv vorantreibt und Anpassungen an das Projekt im Grundsatz zulässt.

*****